

# Dresdener Volkszeitung

Postkontor: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Kontakto: Schlt. Staatsamt, Dresden,  
Post der Arbeiter, Annehmlen  
und Beamten, R.-G. Dresden,  
Gebrüder Krenbold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Sitzungen tschechischer Art, ist es durch oder ohne Einfluß dieser Gewalten, bei der Begehr der Dresdener Volkzeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der städtischen Unterhaltungsabteilung: Arbeiter, Beamten, ausserdem „Volk und Welt“ monatlich 1,50 RM, ausserhalb 45 RM, Bruttoabgabe, Vorkasse 1,50 RM, ausserhalb 45 RM, Bruttoabgabe, 24 RM, Telegramm-Abgabe: Dresdener Volkszeitung

Schriftleitung: Bettendorfer Nr. 2531, Dresden  
Vertrieb: Bettendorfer Nr. 2531 und 1277,  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Komposition  
10 Zeilen 40 RM, die 30 mm breite Restkomposition 200 RM, für ausserhalb  
10 Zeilen 40 RM, die 30 mm breite Restkomposition 200 RM, für ausserhalb  
10 Zeilen 40 RM, die 30 mm breite Restkomposition 200 RM, für ausserhalb

Nr. 121

Dresden, Donnerstag, den 28. Mai 1931

42. Jahrgang

## Trübe Ausblicke

### SPD. verhandelt mit Brüning

D. Berlin, 28. Mai. (Fig. Ver.)

Am Mittwoch fand zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Besprechung statt, in der außer der Haltung der Reichsregierung zu den Preiserhöhungen vor allem auch der beabsichtigte Erlass einer neuen Notverordnung zur Sanierung der öffentlichen Finanzen erörtert wurde.

#### Erste Vorhaltungen der Sozialdemokraten

Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde darauf hingewiesen, daß das Frühjahr weder eine psychologische noch eine wirtschaftliche Entlastung gebracht habe. Die Arbeitslosigkeit sei nur unwesentlich gesunken, die Aussichten auf wirtschaftliche Belebung seien gering, so daß die lange Arbeitslosigkeit und der trübe Ausblick in die Zukunft schwer auf allen Schichten der werktätigen Bevölkerung lasteten. Dieser Zustand sei um so ernster zu nehmen, als sich herausgestellt habe, daß die von der Reichsregierung im Dezemberprogramm in Aussicht gestellte Ankurbelung der Wirtschaft durch Senkung der Produktionskosten gescheitert sei. Die Löhne seien zwar erheblich gekürzt worden, eine entsprechende Preissenkung, eine rückwärtsgehende Bekämpfung der Kartelle und die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheiten aber seien ausbleiben. Die nun durch die neue Notverordnung drohenden Gefahren würden infolgedessen bei der Waffe der Notverordnung, die zu einer Zeit erging, in der statt der jetzigen Entlastung Sanktionen auf Besserung bestanden habe. Die Sozialdemokratie fenne den ersten Zustand der öffentlichen Finanzen. Sie halte nach wie vor ihre Sanierung für unbedingt erforderlich. Die Sanierung dürfe aber nicht erfolgen durch einen Abbau der sozialen Leistungen, deren Umfang und Höhe in Zeiten langandauernder Krise des vermehrten Schutzes bedürften.

#### Ausweichende Worte des Kanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning gab sodann Aufschluß über die tatsächliche Finanzlage, deren Entwicklung unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise ungünstiger sei, als man im Vorjahre hätte annehmen können. Die Reichsregierung strebe nach einer Lösung der Finanzschwierigkeiten, die verhindern, daß die sozialen Einrichtungen wegen Mangels an Mitteln zusammenbrechen. Bisher seien irgendwelche Beschlüsse des Reichskabinetts noch nicht gefasst. Es hätten bisher nur Besprechungen in einem Ausschuss des Kabinetts stattgefunden, und diese Besprechungen seien noch nicht abgeschlossen. Die Einzelmaßnahmen müßten nach Meinung der Regierung so gestaltet werden, daß sie von den Massen des Volkes als ertüchlich angesehen werden könnten. Was besonders die Preiserhöhungen angeht, so halte die Reichsregierung ihre Senkung in kürzester Frist für unbedingt erforderlich. Würden die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, so müsse man zu einer Senkung der Rente schreiten.

Es ist damit zu rechnen, daß die neue Notverordnung nach der Abreise des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers nach Chequers fertiggestellt wird, daß aber ihr Erlass erst nach der Rückkehr von Chequers erfolgt.

#### Die Pläne der Regierung

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet: Wir erfahren, daß die bisher von uns veröffentlichten Einzelheiten über die Pläne der Reichsregierung im wesentlichen den Absichten des Kabinetts entsprechen. Was zunächst die Arbeitslosenversicherung angeht, so wäre also ihre Sanierung zum Teil durch eine Erhöhung der Beiträge, zum Teil durch eine Verringerung der Leistungen zu erwarten. Endgültige Beschlüsse darüber dürften aber ebenso wie über die Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung erst nach dem Abschluß der Arbeiten der Brauns-Kommission gefasst werden. Für die Krisenunterstützung sollen höhere Beträge als im Etat vorgesehen zur Verfügung gestellt werden. Eine Verringerung in den Leistungen der Invalidenversicherung ist nicht beabsichtigt. Bei den Ersparnissen in Höhe von etwa 200 Millionen Mark dürfte es sich um eine Kürzung der Rente einiger Kategorien von Kriegsbeschädigten und um eine Verringerung der Sachausgaben handeln. Darunter befinden sich auch 50 Millionen Mark, die durch Richtausgabe von bewilligten Mitteln im Wehretat erspart werden sollen. Bei der Kürzung der Beiträge der Beamten, für die anscheinend eine Mehrheit im Kabinett erwartet wird, ist jedoch im Gegensatz zu der Dezember-Notverordnung mit einer Skaffelung zu rechnen,

durch die die unteren Gehälter geringer, die oberen Gehälter stärker belastet werden. Auch ist eine Beschäftigtensteuer geplant, die allerdings über den Kreis der beschäftigten festangestellten Arbeitnehmer hinaus allgemeinen Charakter tragen soll. Es trifft auch zu, daß die Reichsregierung eine Erhöhung der Zuckersteuer plant. Ob gleichzeitig eine Ermäßigung des Höchstpreises für Zucker erfolgen soll, um eine Preissteigerung und einen Konsumrückgang zu verhindern, steht noch nicht fest. Unbestimmt ist nach wie vor auch, auf welchem Wege die Sanierung der Finanzen der Länder und Gemeinden erreicht werden soll.

Was hier über die Pläne der Regierung bekannt wird, ist nicht gerade erbaulich. Die geplanten Sanierungsmaßnahmen sollen zum großen Teil auf Kosten der Notleidenden durchgeführt werden. Bei der Arbeitslosenversicherung soll zwar eine Erhöhung der Beiträge erfolgen, aber gleichzeitig auch ein Abbau der Leistungen. Das bedeutet, daß das Elend, das heute auf Millionen von Familien lastet, noch vergrößert wird. Besonders die langfristige Arbeitslosigkeit muß jede Verringerung der ihnen gewährten Unterstützung auf das härteste treffen. Schärfter Einspruch muß auch gegen die Kürzung der Rente für Kriegsbeschädigte erhoben werden. Diese Menschen haben ihre gesunden Knochen für ihr Land zu Markte getragen. Es ist eine ungeheure Ungerechtigkeit, wenn man ihnen jetzt ihre letzten Renten noch kürzt. In höchstem Maße bedenklich wäre auch eine Kürzung der Beamtenbezüge, nicht nur, weil das Einkommen des größten Teils der Beamten nur zu knapp bemessen ist, sondern weil die Unternehmer wahrscheinlich eine Kürzung der Beamtengehälter als ein Signal zu neuem Aufsturm gegen die Löhne und Gehälter ansehen würden.

Was aber geschieht, um die Bessergestellten und Besitzenden zu den neuen Lasten heranzuziehen? Es ist zwar von einer Beschäftigtensteuer die Rede, und diese könnte bei gutem Willen der Regierung so ausgestaltet werden, daß sie auch die Besitzenden stärker heranzöge. Sie würde dann freilich praktisch auf einen Zuschlag zur Einkommensteuer hinauskommen, den man bisher ablehnte. Wenn nicht alles täuscht, wird die neue Notverordnung so aus-

sehen, daß sie einen Sturm der Entrüstung bei den notleidenden Massen hervorruft. Herr Brüning und die Seinen mögen sich in acht nehmen; zumindest erwartet das Volk von ihnen, daß sie in dieser Zeit der äußersten Not die Preise energisch fassen, die heute noch in Geborgenheit und Wohlstand dahinleben können.

Und was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um wenigstens einen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzugliedern? Die Brauns-Kommission hat sich zwar dafür ausgesprochen, daß versucht wird, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern. Die Regierung hat aber bisher in dieser Beziehung nichts getan, und es scheint auch bei ihr nicht die Absicht zu bestehen, irgendwelche Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit zu ergreifen. Werden jetzt etwa Löhne und Gehälter noch weiter gesenkt und die Lasten für die Arbeiter und Angestellten, die noch in Arbeit stehen, noch mehr erhöht, so wird der Weg zur Verkürzung der Arbeitszeit kaum mehr beschreibbar sein, weil eine weitere Verminderung ihrer Einnahmen für die Arbeiter und Angestellten nicht mehr erträglich wäre.

## Unternehmer bezahlen die Nazis

### Wieder eine halbe Million Mark von Zechenherren

R. Köln, 27. Mai. (Fig. Drahtbericht.)

Die sozialdemokratische Rheinische Zeitung meldet in ihrer Mittwochsausgabe aus Essen:

„Vor kurzer Zeit hat der Bergbauverein in Essen, im wesentlichen identisch mit dem Zechenverband, der schon vor den Septemberwahlen des vorigen Jahres gewaltige Summen in die Kassen der Nationalsozialisten gegeben hat, der nationalsozialistischen Parteileitung wiederum eine halbe Million Mark bewilligt. Zwar fanden die Antragsteller, die gewählten Leute des Verbandes, in der Sitzung der Zechenvereinigungen einigen Widerspruch, aber schließlich wurde der Antrag mit erheblicher Mehrheit angenommen und beschlossen, die Summe im Umlegungsverfahren nach einer bestimmten Berechnungsmethode auf die angeschlossenen Zechen zu verteilen. Einige Persönlichkeiten des Bergbaues hatten Bedenken gegen die Bewilligung des Geldes. Sie wiesen auf sozialistische Forderungen im Programm der Nationalsozialisten hin. Hohnlachend wurde ihnen von den Wissenden versichert: „Was was Programm, man weiß doch, was das bei dieser Bewegung befragen will, und wir haben auch entsprechende Garantien.“

Die Unternehmer wissen, was die von ihnen gekaufte Partei für sie bedeutet: Verfolgung und Bekämpfung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Dies Ziel ist ihnen eine Stange Gold wert.

## Flug ins Unendliche

### Piccard gelandet?

Wt. Innsbruck, 28. Mai. (Vom Sonderbericht-

erlatter des Süddeutschen Korrespondenzbüros.) Nach einer amtlichen Mitteilung des Karabinierkommandos Meran soll Piccards Ballon westlich von Meran an der Südfront der Dekalder Alpen niedergegangen sein. Das Postamt Karthaus, das höchstgelegene im Schnaller Tal, ist über eine Landung des Ballons oder über eine Sichtung zwar nicht unterrichtet, doch besteht trotzdem die Möglichkeit, daß der Ballon im hintersten Teil des Schnaller Tales gelandet und daß diese Landung durch eine italienische Militärstation an der Grenze unmittelbar dem Karabinierkommando gemeldet worden ist. Ein Kommando soll bereits zur Bergung des Ballons nach Meran abgegangen sein.

Um 11.15 Uhr traf hier eine weitere Meldung ein, nach der der Ballon nicht im Schnaller Tal, sondern im Jausepach zwischen Sterzing und St. Leonhardt in Südtirol niedergegangen sei. Diese Meldung ist unwahrscheinlich.

#### Die Insassen des Ballons bewußtlos geblieben

Wt. Innsbruck, 28. Mai. (Fig. Drahtbericht.) Nach einer um 12.15 Uhr mittags eingegangenen Privatmeldung der Flugwetterwarte München sollen die beiden Insassen des Piccard-Ballons im bewußtlosen Zustand geflogen worden sein. Von München aus soll ein Hilfsflug angefordert worden sein.

Das Unternehmen Piccards und seines Assistenten Ripper geht zweifellos weit über den Rahmen einer sportlichen Veranstaltung hinaus. Es ist ein ernsthaftes Experiment, das nach langen und sorgfältigen Vorbereitungen durchgeführt wurde. Piccard wollte in die sogenannte Stratosphäre eindringen, die in etwa 13 000 Meter Höhe beginnt und bis zu etwa 65 000 Meter reicht. Während die darunter liegende Troposphäre das Gebiet der wetterbildenden Kräfte darstellt, ist die Stratosphäre das Gebiet der Dämmerungserscheinungen. In ihr wirken die kurzwelligen Sonnenstrahlen und die langwelligen Erdstrahlen zusammen. Es findet hier ein gewisser Wärmeausgleich statt. Piccard beabsichtigte daher vor allem, Messungen dieser kosmischen Strahlungen vorzunehmen und Untersuchungen über die Luftelektrizität anzustellen. Außerdem sollte seine Fahrt in bisher von Menschen noch nicht erreichte Höhen den Konstrukteuren wichtige Aufschlüsse über den Bau von Fahrzeugen für die Stratosphärenflüge geben. Man plant z. B. den Flugverkehr der Zukunft in diese höchsten und dünnsten Luftschichten zu verlegen, weil man hier unabhängig von meteorologischen Einflüssen ist.

Der Ballon Piccards hat einen Durchmesser von 30 Meter und einen Rauminhalt von 14 000 Kubikmeter. Er hat mit einer Füllung von 2300 Kubikmeter Gas keine Reise angetreten. Das Gasventil ist so eingestellt, daß der Ballon in einer Höhe von 16 000 Meter zum Abstieg entsprechend entleert werden kann. Die Gondel ist mit einem Fallschirm ausgerüstet und mit einer Keilleine versehen, durch die der Ballon ebenfalls zum Sinken gebracht werden kann. Die Gondel selbst ist vollkommen verschlossen, so daß das Leben der Insassen bis zu einem gewissen Grade gesichert ist. Sie hat einen Durchmesser von 2,10 Meter und ist aus Aluminiumblech von 3,5 Millimeter gearbeitet. Man rechnet in der Stratosphäre mit einer Temperatur von